

Betriebssatzung

für den

Stadtentwässerungsbetrieb Paderborn (STEB)

vom 30.10.2025, in Kraft ab 07.01.2026

Aufgrund der §§ 7, 107 Abs. 2 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in den jeweils geltenden Fassungen hat der Rat der Stadt Paderborn in seiner Sitzung am 30.09.2025 folgende Betriebssatzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand und Zweck des Betriebes

1. Die nachstehend aufgeführten Teilbereiche der Stadtverwaltung Paderborn sowie die mit diesen Aufgaben unmittelbar und mittelbar zusammenhängenden Tätigkeiten, die sich aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Regelungen ergeben, werden als Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit (eigenbetriebsähnliche Einrichtung, im nachfolgenden Eigenbetrieb genannt) nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung und dieser Betriebssatzung geführt:
 - a) Bau, Betrieb und Unterhaltung der öffentlichen Abwasseranlage im Aufgabenbereich der Stadt Paderborn,
 - b) Entsorgung von Schlamm aus Kleinkläranlagen und von Abwässern aus abflusslosen Gruben im Zuständigkeitsbereich der Stadt Paderborn und
 - c) Bau, Betrieb und Unterhaltung von Energieerzeugungsanlagen (EEA) im Eigentum des Eigenbetriebes sowie die Nutzung und Vermarktung der mit den EEA erzeugten Energie.

Der Eigenbetrieb kann auch sonstige, seinen Betriebszweck fördernde oder ihn wirtschaftlich berührende Geschäfte sowie Hilfs- und Nebengeschäfte aufgrund Beschlusses des Betriebsausschusses betreiben.

Die Übernahme von Aufgaben im Wege der Geschäftsbesorgungen erfolgt durch Beschluss des Rates.

Der Eigenbetrieb bedient sich bei der Durchführung der von ihm zu erledigenden Aufgaben im Regelfall auch der Stadtämter und der Referate der Verwaltung sowie sonstiger städtischer Einrichtungen, soweit dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Der/Die Bürgermeister*in erlässt eine Dienstanweisung, die die Zusammenarbeit zwischen den Stadtämtern, Referaten sowie sonstigen Einrichtungen und dem Eigenbetrieb regelt. Im Übrigen nimmt der Eigenbetrieb, soweit erforderlich oder sachdienlich, die Dienste Dritter in Anspruch.

2. Zweck des Eigenbetriebes ist die Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Paderborn nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Landeswassergesetzes (LWG NRW) in der jeweils geltenden Fassung, sowie die unter §1 1. a) – c) aufgeführten Tätigkeiten und alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

§ 2

Name und Sitz des Betriebes

1. Der Eigenbetrieb führt die Bezeichnung „Stadtentwässerungsbetrieb Paderborn (STEB)“
2. Der Sitz des Eigenbetriebes ist Paderborn.

§ 3

Zuständigkeit des Rates

Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten des Betriebes, die ihm durch die GO NRW, die EigVO NRW oder die Hauptsatzung vorbehalten sind, insbesondere über

- a) die Bestellung und Abberufung der Betriebsleitung und der Stellvertretung(en),
- b) die Bildung des Betriebsausschusses,
- c) die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
- d) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung eines Jahresverlustes,
- e) die Entlastung des Betriebsausschusses,
- f) die Verminderung des Eigenkapitals zugunsten der Stadt.

§ 4

Betriebsausschuss

1. Der Betriebsausschuss besteht aus den vom Rat gewählten Mitgliedern.
2. Für die dem Betriebsausschuss angehörenden Mitglieder wird vom Rat eine gleich große Anzahl von Stellvertreter*innen gewählt. Scheidet ein Mitglied, ein(e) Stellvertreter*in aus dem Betriebsausschuss aus, so findet das Ersatzverfahren nach § 5 Abs. 2 EigVO NRW Anwendung. Falls eine Fraktion des Rates im

Betriebsausschuss nicht vertreten ist, hat sie das Recht, ein von ihr für die Dauer der Wahlperiode bestimmtes Mitglied ihrer Fraktion oder eine(n) sachkundige(n) Bürger*in zur Beratung in die Sitzungen des Betriebsausschusses zu entsenden. Die beratenden Teilnehmer haben dabei volle Auskunfts- und Informationsrechte.

3. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit dem STEB steht oder für Betriebe tätig ist, auf welche die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Betriebsausschusses sein. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 31 GO NRW.
4. An den Beratungen des Betriebsausschusses nimmt die Betriebsleitung teil. Der/Die Bürgermeister*in, der/die Kämmerer*in und der/die für den STEB fachlich zuständige Beigeordnete können jederzeit an den Sitzungen teilnehmen. Ihnen oder den von ihnen entsandten Vertretern*innen ist zur Sache jederzeit auf Verlangen das Wort zu erteilen. Die Teilnahme weiterer Bediensteter der Stadtverwaltung oder der Personalvertretung an den Sitzungen des Betriebsausschusses ergibt sich aus den jeweils anfallenden Beratungspunkten.

§ 5

Aufgaben des Betriebsausschusses

1. Der Betriebsausschuss entscheidet über sämtliche Angelegenheiten des Eigenbetriebes und der ihm übertragenen Aufgaben, die nicht zu den ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates und nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören, insbesondere über
 - a) Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen, Gutachten und ähnlichen Leistungen, wenn im Einzelfall ein Honorarbetrag von 50.000,00 Euro (netto) überschritten wird,
 - b) Stundungen von Ansprüchen von mehr als 75.000,00 Euro (netto) im Einzelfall, sofern keine dingliche Sicherung gegeben ist oder der Anspruch mehr als 6 Monate gestundet werden soll,
 - c) Erlass oder unbefristete Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall 5.000,00 Euro (netto) übersteigen; ausgenommen sind die Fälle, in denen der Erlass bzw. die Niederschlagung gesetzlich vorgeschrieben ist,
 - d) Personalangelegenheiten nach § 8 Abs. 2 Satz 2 dieser Satzung,
 - e) Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gemäß § 15 Abs. 3 EigVO NRW, es sei denn, dass sie unabweisbar sind. Mehraufwendungen sind erfolgsgefährdend, wenn sie 2 % des Ansatzes der Aufwendungen des Erfolgsplanes überschreiten,
 - f) Zustimmung zu Mehrauszahlungen gemäß § 16 Abs. 5 EigVO NRW, sofern sie im Einzelfall 2 % des Ansatzes der Ausgaben des Vermögensplanes überschreiten. Werden Mehrauszahlungen ganz oder teilweise durch Einsparungen bei anderen Auszahlungen oder zusätzliche Einzahlungen gedeckt, so erhöht sich der vorgenannte Betrag entsprechend,
 - g) die Entlastung der Betriebsleitung gem. § 5 Abs. 5 EigVO NRW.

2. Der Betriebsausschuss beschließt über die Benennung einer Wirtschaftsprüferin, eines Wirtschaftsprüfers, einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder der Gemeindeprüfungsanstalt für die Prüfung des Jahresabschlusses.
3. Der Betriebsausschuss ist ermächtigt, Entscheidungen in Angelegenheiten seines Aufgabenbereiches der Betriebsleitung zu übertragen, sofern dies nach Gesetz zulässig ist.
4. Der Betriebsausschuss entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit, die der Beschlussfassung des Rates oder des Betriebsausschusses unterliegen, entscheidet der/die Bürgermeister*in mit der/dem Ausschussvorsitzenden des Betriebsausschusses. § 60 Abs. 1 S. 2 - 4 GO NRW gelten entsprechend.
5. Die Mitglieder des Betriebsausschusses haften für Schäden entsprechend den Vorschriften des § 48 des Beamtenstatus- und § 80 des Landesbeamtengesetzes NRW.

§ 6

Stellung des Bürgermeisters / der Bürgermeisterin und des/der zuständigen Beigeordneten

1. Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der/die Bürgermeister*in der Betriebsleitung Weisungen erteilen. Diese Befugnis kann vom Bürgermeister / von der Bürgermeisterin dem/der für den STEB zuständigen Beigeordneten generell oder im Einzelfall übertragen werden. Der/Die beauftragte Beigeordnete ist zuständig und weisungsberechtigt in fachtechnischen Grundsatzangelegenheiten der Abwasserbeseitigung und des Baues / Betriebes von Abwasseranlagen sowie in allen Grundsatzfragen des Umweltschutzes.
2. Die Betriebsleitung hat den/die Bürgermeister*in und den/die zuständige(n) Beigeordnete(n) über alle wichtigen Angelegenheiten des STEB rechtzeitig zu unterrichten. Ihnen ist auf Verlangen Auskunft zu erteilen.
3. Glaubt die Betriebsleitung, nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Bürgermeisters / der Bürgermeisterin bzw. der/des zuständigen Beigeordneten nicht übernehmen zu können und führen entgegenstehende Bedenken der Betriebsleitung nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat die Betriebsleitung sich an den Betriebsausschuss zu wenden. Wird keine Übereinstimmung zwischen dem Betriebsausschuss und dem/der Bürgermeister*in bzw. dem/der zuständigen Beigeordneten erzielt, so ist die Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses herbeizuführen.
4. Der/Die Bürgermeister*in und der/die zuständige Beigeordnete werden von der Betriebsleitung vierteljährlich einen Monat nach Quartalsende über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich unterrichtet. Der/Die Bürgermeister*in und der/die zuständige Beigeordnete können darüber hinaus jederzeit einen mündlichen Bericht über die

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögensplanes verlangen.

5. Diese Regelungen, insbesondere über Weisungsmöglichkeiten, gelten nicht für Aufgaben der laufenden Betriebsführung, die ausschließlich der Betriebsleitung unterliegt.

§ 7

Aufgaben der Betriebsleitung

1. Der STEB wird von der Betriebsleitung selbständig geleitet, soweit nicht durch die GO NRW, die EigVO NRW oder diese Satzung etwas anderes bestimmt wird. Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung des STEB verantwortlich. Sie hat die Sorgfalt eines/einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters/Geschäftsleiterin anzuwenden. Für Schäden haftet die Betriebsleitung entsprechend den Vorschriften des § 48 des Beamtenstatus- und § 80 des Landesbeamtengesetzes NRW.
2. Der Betriebsleitung obliegen insbesondere:
 - a) die Vergabe von Aufträgen gemäß der Vergabeordnung zur Durchführung von Vergabeverfahren für die nach der EigVO NRW geführten Betriebe der Stadt Paderborn zur Beschaffung von Waren, Bau- und Dienstleistungen in der jeweils geltenden Fassung. Die Auftragsvergabe erfolgt durch die Betriebsleitung unter Beachtung des § 3 EigVO und unter Berücksichtigung des § 64 GO NRW. Dabei gelten Aufträge mit einer Auftragssumme bis einschließlich 75.000 Euro (netto) als Geschäfte der laufenden Betriebsführung, sofern nicht die Zuständigkeit des Betriebsausschusses gegeben ist.
 - b) die Geschäfte der laufenden Betriebsführung, insbesondere alle Maßnahmen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Betriebes notwendig sind, z. B. Einsatz des Personals, Beschaffung von Rohstoffen, Materialien, Betriebsmitteln sowie Investitionsgütern des laufenden Bedarfs,
 - c) die Durchführung des Wirtschaftsplanes,
 - d) die Stundung, Niederschlagung und der Erlass von Ansprüchen, soweit nicht der Betriebsausschuss zuständig ist,
 - e) die Zustimmung zu Mehrauszahlungen gemäß § 16 Abs. 5 EigVO NRW, soweit nicht der Betriebsausschuss zuständig ist.
3. Die Betriebsleitung bereitet die Vorlagen zur abschließenden Beratung im Betriebsausschuss mit Zustimmung des Bürgermeisters / der Bürgermeisterin bzw. des/der zuständigen Beigeordneten vor.

§ 8

Personalangelegenheiten

1. Der STEB beschäftigt in der Regel Tarifbeschäftigte (Arbeitnehmer*innen).

2. Tarifbeschäftigte werden durch die Betriebsleitung im Rahmen der Stellenübersicht eingestellt, eingruppiert, höher gruppiert und gekündigt. Bei Tarifbeschäftigten der Entgeltgruppen 15, 14 und 13 entscheidet der Betriebsausschuss.
3. Die bei dem STEB beschäftigten Beamten*innen werden im Stellenplan der Stadt ausgewiesen und in der Stellenübersicht des STEB vermerkt.
4. Sofern Beschäftigte nicht von der Betriebsleitung eingestellt, eingruppiert, höher gruppiert oder gekündigt werden, steht der Betriebsleitung ein Vorschlags- und Beratungsrecht gegenüber den dafür zuständigen Organen zu.

§ 9

Mitwirkung des Kämmerers / der Kämmererin

1. Die Betriebsleitung hat dem Kämmerer / der Kämmererin den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses rechtzeitig, spätestens 2 Wochen vor der Versendung an den Betriebsausschuss zur Stellungnahme zuzuleiten. Eine abweichende Stellungnahme des Kämmerers / der Kämmererin hat die Betriebsleitung dem Betriebsausschuss rechtzeitig vor der Beschlussfassung vorzulegen. Vor jeder erfolgsgefährdenden Mehraufwendung ist die Stellungnahme des Kämmerers / der Kämmererin einzuholen.
2. Die Zwischenberichte sind dem Kämmerer / der Kämmererin zuzuleiten (§ 6 Abs. 4). Ferner hat die Betriebsleitung dem Kämmerer / der Kämmererin auf Anforderung unverzüglich alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 10

Vertretung des Eigenbetriebes

1. In den Angelegenheiten des STEB gemäß § 1 dieser Satzung wird die Stadt Paderborn durch die Betriebsleitung vertreten, sofern die GO NRW oder die EigVO NRW keine anderen Regelungen treffen. In den übrigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes vertritt der/die Bürgermeister*in die Stadt Paderborn.
2. Die Betriebsleitung unterzeichnet, wenn die Angelegenheit der Entscheidung der Betriebsleitung unterliegt, unter dem Namen des Eigenbetriebes ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses, die Stellvertretung mit „in Vertretung“, die übrigen Dienstkräfte „im Auftrag“. In den Angelegenheiten, die der Entscheidung anderer Organe unterliegen und in denen die Betriebsleitung mit der Vertretung beauftragt wird, sowie in Ausführung von Ortsrecht ist unter der Bezeichnung „Stadt Paderborn - Der Bürgermeister - Die Bürgermeisterin - Stadtentwässerungsbetrieb“ unter Angabe des Vertretungsverhältnisses „im Auftrag“ zu unterzeichnen.
3. Der Kreis der Vertretungsberechtigten und der Beauftragten sowie der Umfang ihrer Vertretungsbefugnis werden von der Betriebsleitung öffentlich bekannt gemacht. Die Hauptsatzung der Stadt Paderborn ist entsprechend anzuwenden.

§ 11

Verpflichtungserklärungen

1. Erklärungen, durch die die Stadt Paderborn für den STEB verpflichtet werden soll (§ 64 Abs. 1 GO NRW), sind unter dem Namen der Stadt Paderborn - Der Bürgermeister - Die Bürgermeisterin abzugeben und bedürfen der Schriftform. Sie werden vom Bürgermeister / von der Bürgermeisterin oder seiner Vertretung oder durch den/die zuständige(n) Beigeordnete(n) und die Betriebsleitung oder der Stellvertretung unterzeichnet.
2. Abs. 1 gilt nicht für Geschäfte der laufenden Betriebsführung.

§ 12 Wirtschaftsplan

1. Der STEB hat spätestens einen Monat vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht (§14 EigVO NRW). Des Weiteren ist eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung gem. § 18 EigVO NRW aufzustellen.
2. Der Entwurf ist von der Betriebsleitung aufzustellen und unter Beachtung des § 9 dieser Satzung über den/die Bürgermeister*in dem Betriebsausschuss vorzulegen, der ihn mit seinem Beratungsergebnis an den Rat der Stadt zur Feststellung weiterleitet. Die Veranschlagung von Einnahmen und Ausgaben, die im Rahmen der Geschäftsbesorgung durch den STEB wahrgenommen werden, bedürfen vor Aufnahme in den Wirtschaftsplan der vorherigen Zustimmung des Kämmers / der Kämmererin.
3. Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn
 - a) das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Stadt beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplanes bedingt,
 - b) zum Ausgleich des Vermögensplanes erheblich höhere Zuführungen der Gemeinde oder höhere Kredite erforderlich werden,
 - c) im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
 - d) eine erhebliche Vermehrung oder Anhebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, dass es sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften handelt.

Erheblich im Sinne des Buchstabens a) ist eine Abweichung von mehr als 250.000,00 Euro. Erheblich im Sinne des Buchstabens b) ist eine höhere Zuführung, die 10 % des Vermögensplanes übersteigt. Erheblich im Sinne des Buchstabens d) ist eine Vermehrung / Anhebung von Stellen, wenn hierdurch eine Änderung des Wirtschaftsplanes erforderlich wird.

4. Sind bei der Ausführung des Erfolgsplans erfolgsgefährdende Mindererträge oder erfolgsgefährdende Mehraufwendungen zu erwarten, gilt § 15 Abs. 3 EigVO NRW in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Satz 3 dieser Satzung.

5. Für die Sicherstellung der dauernden technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes ist u. a. ein Überwachungssystem einzurichten, das es ermöglicht, die Entwicklung beeinträchtigender Risiken frühzeitig zu erkennen. Zur Risikofrüherkennung gehören insbesondere die Risikoidentifikation, die Risikobewertung, Maßnahmen der Risikobewältigung einschließlich der Risikokommunikation, die Risikoüberwachung / Risikofortschreibung und die Dokumentation.

§ 13 Wirtschaftsjahr

Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 14 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt 76.000.000,00 Euro.

§ 15 Jahresabschluss

1. Der Jahresabschluss ist bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres von der Betriebsleitung aufzustellen und unter Beachtung des § 9 dieser Betriebssatzung über den/die Bürgermeister*in dem Betriebsausschuss zur Kenntnis vorzulegen. Nach Fertigstellung des Prüfberichtes wird dieser über den/die Bürgermeister*in dem Betriebsausschuss zur Beratung vorgelegt.
2. Die Betriebsleitung leitet dem/der Kämmerer*in und dem/der Bürgermeister*in den Entwurf des Jahresabschlusses, die Vierteljahresberichte, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Kostenrechnung zu.
3. Der Betriebsleitung obliegt eine umfassende Unterrichtungspflicht gegenüber dem Betriebsausschuss bezogen auf alle betrieblichen Angelegenheiten, insbesondere auch über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung.

§ 16 Örtliche Prüfung

Die Prüfung der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens, einschließlich der Vergaben des STEB ab den in der Vergabeordnung zur Durchführung von Vergabeverfahren für die nach der Eigenbetriebsverordnung NRW geführten Betriebe der Stadt Paderborn zur Beschaffung von Waren, Bau- und Dienstleistungen – in der jeweils geltenden Fassung – festgelegten Wertgrenzen, wird vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Paderborn durchgeführt.

§ 17
Inkrafttreten

Diese Betriebssatzung tritt mit dem 01.01.2026 in Kraft, frühestens mit dem Tag nach der Bekanntmachung.